

Koalition plant Reform des Arztrechts

Medizinern sollen mehr Freiheiten bei der Berufsausübung eingeräumt werden

Berlin (ddp/AFP) – Um den Ärztemangel in den neuen Ländern zu lindern, will die große Koalition den Medizinern möglichst schnell mehr Freiheiten bei der Berufsausübung einräumen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, sagte der *Berliner Zeitung*, bereits zu Beginn des kommenden Jahres solle eine Liberalisierung des ärztlichen Vertragsrechtes angegangen werden. „Wir brauchen diesen Schritt unbedingt, unabhängig von der im kommenden Jahr von der großen Koalition geplanten Finanzreform im Gesundheitswesen“, sagte der SPD-Politiker.

Konkret plant die Koalition nach den Worten von Schwanitz, die Möglichkeit für Ärzte, als Angestellte zu arbeiten, auszuweiten. Bislang ist das nur in Kliniken

und so genannten medizinischen Versorgungszentren erlaubt. Künftig könnte so ein Arzt mehrere andere Mediziner beschäftigen. „Damit kann dann zum Beispiel ein Mediziner, der eine Praxis in Berlin hat, zusammen mit einem Kollegen eine Praxis in der unterversorgten Uckermark kaufen und dort Ärzte einstellen“, erläuterte Schwanitz. Das Angestelltenverhältnis könne gerade für Berufsanfänger, die aus den neuen Ländern stammen, attraktiv sein, weil der Einstieg in die Selbstständigkeit sehr teuer sei. Vermögen sei in den neuen Ländern aber nicht in dem Maße wie im Westen vorhanden.

Nach Angaben von Ärzteverbänden sind bereits heute in den neuen Ländern mehr als 600 Hausarzt- und etwa 220 Facharztstellen nicht besetzt. Auch die

Krankenhäuser suchen händeringend Personal. Es wird befürchtet, dass sich der Ärztemangel flächendeckend in den neuen Bundesländern ausbreiten wird, weil bis 2010 altersbedingt weitere etwa 3500 Hausärzte ausscheiden.

Die Gesundheitspolitiker der großen Koalition sind sich auch einig darin, auf Arzneimittel künftig nur noch einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erheben. Arzneimittel seien Lebensmittel im besten Sinne des Wortes, sagte die SPD-Gesundheitsexpertin Marlies Volkmer der *Sächsischen Zeitung*. Es sei nicht zu fassen, dass auf Tierarzneimittel der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gezahlt wird, auf Arzneimittel für Menschen aber der volle, sagte die Politikerin, die Berichterstatterin für das Arzneimittel-Sparpaket im Bundestag ist.